

Energiepolitische Perspektiven - wirtschaftspolitische Folgerungen

Alois Pfeiffer, geb. 1924 in Bauerbach, Kreis Marburg/Lahn, arbeitete seit 1949 hauptamtlich für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, ab 1969 als deren 1. Vorsitzender. Seit 1975 im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB für die Wirtschaftspolitik zuständig.

Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes vom 5. April 1977 ist das Ergebnis eines innergewerkschaftlichen demokratischen Abwägungsprozesses zwischen Chancen und Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie unter kurz- und mittelfristigen Zeitaspekten. Die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge stellen lediglich einen, wenn auch sehr wichtigen Teilaspekt der diese Entscheidung begründenden Gesamtsicht dar.

Position und Sicht des DGB

Angesichts dieser Situation erscheint es angebracht, Sicht und Position des DGB noch einmal darzulegen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist in der Auseinandersetzung um Pro und Kontra der friedlichen Nutzung der Kernenergie in dreifacher Weise engagiert:

„Der DGB tritt für eine aktive Umweltpolitik ein; gesunde und lebenswerte Umweltbedingungen sind notwendige Voraussetzungen für die Humanisierung unserer Arbeitswelt und für mehr Lebensqualität.

Der DGB vertritt die Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft. Dies schließt die Forderung nach Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung ein, die ihrerseits eine Voraussetzung für die Verwirklichung des Vollbeschäftigungszieles und für gesellschaftliches Wachstum ist.

Der DGB vertritt die Interessen aller Arbeitnehmer, die mit Planung, Entwicklung, Bau, Betrieb und Entsorgung von Kernkraftwerken beschäftigt sind. Das schließt die Sorge um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze ein.“

Das bedeutet: Der DGB ist dem Ziel der Sicherung unserer künftigen Energieversorgung im Sinne einer notwendigen Bedingung für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung, die Sicherung und Humanisierung unserer Arbeitsplätze und die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ebenso verpflichtet, wie der Erhaltung gesunder und lebenswerter Umweltbedingungen.

Entwicklungslinien und ihre Beeinflußbarkeit

Diese Zielsetzungen können aber nicht voneinander isoliert betrachtet und verfolgt werden. Es ist hier also nach den gegenseitigen Abhängigkeiten zu fragen. Dabei können wir natürlich die statistisch feststellbaren Entwicklungslinien der Vergangenheit nicht einfach pauschal und unkritisch beliebig weit in die Zukunft hinein extrapolieren. Andererseits ist es aber absurd zu glauben, man könne diese Abhängigkeiten kurzfristig völlig außer Kraft setzen, Entwicklungstrends sozusagen beliebig verändern.

Diese Feststellung gilt insbesondere für die Beziehung zwischen Wachstum und Energiebedarf:

„Die Schätzung unseres zukünftigen Energiebedarfs muß auf kurz- und mittelfristige Sicht von den Erfahrungswerten der Vergangenheit ausgehen. Diese Erfahrungswerte weisen eine enge Koppelung zwischen den Energiebedarfszuwachsraten und den Zuwachsraten des Sozialproduktes aus.“

„Der aufgrund dieser Überlegungen kurz-, mittel- und langfristig zu erwartende Energiebedarf kann - in gewissen Grenzen - durch Energieeinsparungen verringert werden. Kurzfristig kann dies bei gegebener Wirtschaftsstruktur nur durch die Förderung des sparsamen Umgangs mit Energie geschehen. Langfristig vergrößern sich diese Möglichkeiten durch gezielte Forderung energieschonender Wirtschaftsstrukturen.“

Analyse der Zusammenhänge

Die Beziehungsstruktur der relevanten Wirtschaftsdaten ist kurzfristig als ziemlich starr anzusehen. Die DGB-Entscheidung hat - wie oben dargelegt - im wesentlichen kurz- und mittelfristigen Charakter. Dies ist also die Ausgangsbasis für die Analyse der Zusammenhänge, insbesondere zwischen Wirtschaftswachstum, Entwicklung der Arbeitsproduktivität, Energiebedarf und Beschäftigungssituation.

Beginnen wir mit einem kurzen Rückblick auf die Wachstumsentwicklung seit Kriegsende. Wirtschaftliches Wachstum ist nicht Selbstzweck; die Entwicklung in diesem Zeitraum zeigt, daß kräftiges Wirtschaftswachstum zu hohen Steigerungsraten unserer materiellen Wohlfahrt führte und mit gesamtwirtschaftlicher Vollbeschäftigung und höherer individueller Arbeitsplatzsicherung als heute Hand in Hand ging. Darüber hinaus schuf es finanzielle Spielräume für reformpolitische Vorhaben zur Verbesserung unserer Lebensqualität.

Wir hatten auch in diesen Jahrzehnten ständig starke Rationalisierungseffekte - ablesbar an der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität - und schwere sektorale Strukturkrisen - z. B. in der Landwirtschaft und im Bergbau -, ihre Negativwirkungen wurden aber durch die Beschäftigungs-, Produktions- und Einkommenszuwächse aufgrund hoher Wachstumsraten bei weitem überkompensiert.

Es seien hier nur wenige Zahlen angeführt. Unser Bruttosozialprodukt stieg - preisbereinigt auf der Basis des Jahres 1962 - von 173,6 Mrd. im Jahre 1950 auf 328,4 Mrd. im Jahre 1970. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg von rd. 20,5 Mio. im Jahr 1950 auf rd. 26,5 Mio. im Jahr 1970. Allein die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer stieg von 1960 - da waren es 329 000 - binnen zehn Jahren auf fast 2,0 Millionen. Im selben Zeitraum überstieg die Zahl der offenen Stellen mit Ausnahme des Jahres 1967 ständig die Zahl der Arbeitslosen. Mehrfach waren über eine halbe Million Stellen unterbesetzt.

Und nun ein Blick auf die Zuwachsraten des Energieverbrauchs in diesem Zeitraum. Der Verbrauch an Primärenergie betrug im Jahre 1960 rund 211 Mio. t SKE (Steinkohleneinheiten) und stieg binnen zehn Jahren auf 366,8 Mio. t SKE. Die Bruttoerzeugung an elektrischer Energie betrug 1950 44,4 Mrd. kWh, 1960 schon 116,4 Mrd. kWh, 1970 242,6 Mrd. kWh und 1975 301,8 Mrd. kWh.

Wachstumsvorstellungen für die Zukunft

Für die Vergangenheit läßt sich also — und das machen diese wenigen Zahlen wohl schon hinreichend glaubhaft — ein Zusammenhang zwischen Wachstum, Beschäftigung und Energieverbrauch einwandfrei nachweisen. Das bedeutet natürlich nicht, daß diese Zusammenhänge unveränderbar für alle Zukunft gelten müssen.

Die Wachstumsvoraussetzungen der kommenden Jahre sind wahrscheinlich bei weitem nicht so günstig wie die der 50er und 60er Jahre. Wachstumsfördernde Bedingungen, wie kriegsbedingter Nachholbedarf und stark expandierende Märkte im Binnenbereich, wechsellkursbedingte Exportbegünstigungen bei relativ niedrigem Rohstoff- und Energiepreisniveau auf internationaler Ebene sind inzwischen weggefallen oder haben sich erkennbar abgeschwächt. Damit ist auch der Wachstumstrend flacher geworden. Während wir im Schnitt der 50er Jahre Wachstumsraten von rd. 8 Prozent hatten, gingen diese Werte in den 60er Jahren auf rd. 5 Prozent zurück und haben sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre noch weiter abgeschwächt.

Diese veränderten Bedingungen geben uns neben anderen Beweggründen durchaus Veranlassung, unsere Wachstumsvorstellungen für die kommenden Jahrzehnte quantitativ und qualitativ einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Für die Zukunft zeichnet sich eine Verschärfung wachstumshemmender Entwicklungen wie etwa verstärkte Sättigungstendenzen auf wichtigen Binnenmärkten (langlebige Gebrauchsgüter), Änderungen der internationalen Arbeitsteilung, Verschärfung des internationalen Wettbewerbs und Preiserhöhungen im Energie- und Rohstoffbereich deutlich ab.

Diese Abschwächung der Wachstumskräfte und die Zunahme der Wachstumshemmungen gehen Hand in Hand mit einer Verschärfung der konjunkturellen Störungen. Diese Krisenanfälligkeit des Wachstumsprozesses führt zu zunehmenden Schwierigkeiten bei der Bewältigung der technologischen und strukturellen Wand-

lungen, die das Merkmal jeder wachsenden Wirtschaft sind. Vor allem wächst bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum die Gefahr technologischer Arbeitslosigkeit.

Zugleich ist im Laufe der Zeit immer deutlicher geworden, daß wirtschaftliches Wachstum als eine bloße Zunahme der marktwirtschaftlich gesteuerten Güterproduktion nicht die optimale Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse gewährleistet, sondern mit der Gefahr von Fehlentwicklungen verbunden ist, die die Qualität des Lebens der Bevölkerung und insbesondere der Arbeitnehmer schwer beeinträchtigen können. Ein nur an quantitativen Zielsetzungen orientiertes Wachstum verursacht ungeheure soziale Kosten, führt zu Umweltbelastungen und Umwelttrisiken und zum Raubbau an den natürlichen Ressourcen der Erde. Ein solches Wachstum führt weiterhin zu Mängeln in der Versorgung der Gesellschaft mit Gütern und Leistungen im Bereich des Kollektivbedarfs, die durch den Markt nicht oder nicht in ausreichender Menge bereitgestellt werden können.

Die Gewerkschaften erstreben daher ein wirtschaftliches Wachstum, das der Hebung des gesellschaftlichen Wohlstandes und der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit dient. Wachsender Wohlstand bedeutet nicht lediglich eine weitere rein quantitative Steigerung der Güterproduktion, sondern vor allem eine qualitative Verbesserung der Lebensbedingungen. Mehr Lebensqualität erfordert auch eine gerechte Verteilung des Wachstumsergebnisses.

Wirtschaftliches Wachstum und technologischer Wandel bedingen sich gegenseitig. Technologischer Wandel ist einerseits ein Motor des Wachstums, andererseits ist ein ausreichendes Wachstum notwendig, um bei der rasanten Entwicklung arbeitssparender Technologien aktive Vollbeschäftigungspolitik betreiben zu können.

Funktionale Beziehungen zwischen Wachstum, Rationalisierung und Beschäftigung

Eine solche aktive Vollbeschäftigungspolitik aber ist jetzt und für die kommenden Jahre notwendiger denn je. Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität in der Größenordnung von jährlich vier bis fünf Prozent sind auch für die überschaubare Zukunft wahrscheinlich. Das heißt, wir werden von Jahr zu Jahr in der gleichen Größenordnung weniger Arbeitsplätze aufwenden müssen, um das gleiche Sozialprodukt wie heute zu produzieren.

Das heißt weiter: Rationalisierung schafft von Jahr zu Jahr zusätzlich Hunderttausende von Arbeitslosen, wenn nicht gleichzeitig die Wirtschaft entsprechend wächst und die freigesetzten Arbeitskräfte somit für die Erstellung neuer zusätzlicher Waren- und Dienstleistungen - auch zur Deckung dringender gesellschaftlicher Kollektivbedarfe - eingesetzt werden können.

Hinzu kommt der starke Zustrom Jugendlicher zum Arbeitsmarkt in den nächsten fünf bis zehn Jahren. Die Konsequenz lautet: Eine Wachstumsrate in der Größenordnung von vier bis fünf Prozent ist notwendig, allein um die Rationalisierungseffekte einigermaßen zu kompensieren, also um den derzeitigen Stand zu halten.

Die rein mathematische Konsequenz lautet also: Ohne Wachstum gibt es keinerlei Chance für kurz- oder mittelfristige Vollbeschäftigung, wohl aber die an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit eines ständig wachsenden Heeres von Dauerarbeitslosen.

Alle, die trotz dieser Situation glauben, für die Zukunft in größerem oder geringerem Umfange auf Wachstumsspielräume verzichten zu können, müssen sich fragen, welches Maß an individueller Betroffenheit und gesamtgesellschaftlicher Belastung - und dies keineswegs nur finanziell, sondern vor allem sozial und politisch - sie für vertretbar halten. Die Gewerkschaften jedenfalls können sich mit Dauerarbeitslosigkeit, gleich welchen Ausmaßes, nicht abfinden.

Wir haben eingangs festgestellt, daß es jeglicher Lebenserfahrung widersprechen würde anzunehmen, daß die Abhängigkeitsstrukturen, die gestern offenbar noch gültig waren, heute oder morgen schlagartig außer Kraft gesetzt werden könnten. Die Gewerkschaften unterstützen alle geeigneten Maßnahmen zur langfristigen Entkopplung von Wachstum und Energieverbrauch und zur kurzfristigen Energieeinsparung. Aber wir sind uns völlig darüber klar, daß zumindest für einen längeren Übergangszeitraum diese Relationen - wenn auch in abgeschwächtem Maße - Geltung behalten werden.

Daraus folgt: Die Zurverfügungstellung zusätzlicher Energie in den kommenden Jahren ist eine notwendige Vorbedingung für die aus Beschäftigungsgründen unverzichtbare Wachstumspolitik. Wer trotz dieses logischen Zusammenhangs nicht bereit ist, die notwendigen energiepolitischen Konsequenzen zu ziehen, muß bereit sein, erhebliche beschäftigungspolitische, soziale und politische Risiken in Kauf zu nehmen.

Der DGB und seine Gewerkschaften haben ihre Schlußfolgerungen aus dieser Situation in der oben zitierten Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 5. April 1977 klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Geleitet von der Sorge um unsere soziale und gesellschaftliche Zukunft, aber auch unter voller Anerkennung der ernsthaften Besorgnisse um Erhaltung und Gestaltung lebenswerter Umwelt, die ja ein Kernstück des Begriffs „Lebensqualität“ darstellt, sind wir in einem schwierigen und langwierigen internen Willensbildungsprozeß zu einer Formel gelangt, die ich in Kurzform wie folgt charakterisieren möchte:

Soviel Energieeinsparung wie möglich;

soviel Energieversorgung auf Kohlebasis wie möglich;

soviel Forschung und Entwicklung zur Erhöhung der Sicherheit und Umweltfreundlichkeit der jetzigen und zur möglichst raschen großtechnischen Nutzbarmachung neuer Energieformen wie möglich;

nur soviel Kernenergie wie zur Sicherung unserer Energieversorgung unbedingt nötig.